Wie Norwegen die Oslo-Abkommen verriet – und die palästinensischen Führer auch

Norwegen war an der Ausarbeitung der Osloer Abkommen beteiligt. Dann verriet es sein Grundprinzip der Unparteilichkeit und stellte sich auf die Seite der Palästinenser.

Von Jan Kapusnak

Am 11. Februar 2026 traf Mahmoud Abbas – der langjährige Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde und Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) – in Oslo ein. Es war nicht nur eine weitere europäische Hauptstadt, sondern diejenige, die dem berühmtesten diplomatischen Experiment im israelisch-palästinensischen Konflikt ihren Namen gegeben hat.

Dreiunddreißig Jahre zuvor hatte das norwegische Labour-Establishment den geheimen Kanal ins Leben gerufen. Auf Initiative des Soziologen Terje Rød-Larsen und der Diplomatin Mona Juul, die später von Außenminister Johan Jørgen Holst auf Ministerebene übernommen wurde, kam es 1993 zur Grundsatzerklärung (Oslo I) und 1995 zum Interimsabkommen (Oslo II). Dieser Prozess trug dazu bei, dass Jassir Arafat, Schimon Peres und Yitzhak Rabin 1994 den Friedensnobelpreis erhielten.

Die Prämisse von Oslo war historisch kühn. Anstatt den Konflikt in einem großen Sprung zu beenden, sollten die Parteien durch gegenseitige Verpflichtungen Gewohnheiten der Koexistenz aufbauen: Sicherheitszusammenarbeit, Aufbau von Institutionen und die gegenseitige Zusage, Fragen des endgültigen Status nur durch direkte Verhandlungen zu regeln. Diese Gegenseitigkeit ist genau das, was unter der norwegischen Vormundschaft still und leise verschwunden ist.

Im Gästehaus der Regierung empfing Jonas Gahr Støre, der norwegische Ministerpräsident und Vorsitzende der Arbeiterpartei, Abbas nun im vertrauten Rahmen der norwegischen Friedensarbeit. Die Zwei-Staaten-Lösung, sagte er, bleibe „die politische Vision, die wir anstreben müssen“. Er beschrieb die Palästinenser als unter „außerordentlich schwierigen Bedingungen“ lebend, bezeichnete Israels Verhalten im Westjordanland und im Gazastreifen als „militärischen Druck“ und forderte Israel auf, die „grundlegenden Regeln und Vorschriften des internationalen Rechts“ zu respektieren. Dadurch wurden die israelischen Militäroperationen in erster Linie als Strafmaßnahmen und nicht als Selbstverteidigung dargestellt, während die palästinensische Gewalt – und die Sicherheitsprobleme, die die israelischen Maßnahmen antreiben – unerwähnt blieben.

Støre sagte auch, Norwegen wolle, dass die Palästinenser „von demokratischen Institutionen regiert werden“. Doch als er neben Abbas stand, erwähnte er weder das eklatante Demokratiedefizit der Palästinensischen Autonomiebehörde, noch die tief verwurzelte Korruption oder die eklatanten Verstöße gegen die Osloer Verträge. Wenn Oslo ein Vertrag ist, können die Verpflichtungen der einen Seite nicht als freiwillige Etikette behandelt werden.

Das Osloer Abkommen beruhte auf einer einfachen Abmachung: Israel würde Land und Autorität abtreten, und die palästinensische Führung würde die Terrorinfrastruktur abbauen und die bewaffneten Gruppen entwaffnen, indem sie ein echtes Gewaltmonopol durchsetzt. Oslo II ist eindeutig: Beide Seiten müssen „alle notwendigen Maßnahmen“ ergreifen, um „terroristische Handlungen, Verbrechen und Feindseligkeiten“ gegen die andere Seite zu verhindern, und gegen Zuwiderhandelnde vorgehen. Die palästinensische Selbstverwaltung sollte nie zu einem sicheren Hafen für Milizen oder zu einer Grauzone werden, in der die Gewalt unter anderen Vorzeichen weitergeht.

Es gibt unbestreitbar ein ernstes und sich verschärfendes Problem der jüdischen Siedlergewalt im Westjordanland. Israel hat es – vor allem unter den jüngsten Regierungen – zu oft versäumt, dem mit der gebotenen Konsequenz und Härte zu begegnen. Dies ist jedoch nicht dasselbe Phänomen wie der organisierte palästinensische Terrorismus, der unter Oslo nicht aufhörte und in vielen Phasen eher zu- als abgenommen hat.

Mehrere Fraktionen unter dem breiteren Dach der PLO haben den bewaffneten Kampf nie wirklich aufgegeben. Dazu gehören die bewaffneten Ableger der Fatah – insbesondere die Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden (deren Vorsitzender Abbas ist) – und die Abu Ali Mustafa Brigaden, der bewaffnete Flügel der Volksfront für die Befreiung Palästinas. Im Gazastreifen haben diese Gruppierungen zeitweise an der Seite der Hamas und des Palästinensischen Islamischen Dschihad gekämpft, die die Prämissen von Oslo offen ablehnen. Bisweilen waren sogar Angehörige der Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde – darunter auch Mitglieder der palästinensischen Polizei – in Anschläge verwickelt.

Eine weitere Art und Weise, wie die Palästinensische Autonomiebehörde gegen den Geist von Oslo verstoßen hat, ist die Beibehaltung finanzieller Belohnungen im Zusammenhang mit Terrorismus durch das System der Gefangenen- und Märtyrerfonds, das als „Pay-for-Slay“ bezeichnet wird. Das System sieht monatliche Zahlungen an Palästinenser vor, die wegen Terroranschlägen auf Israelis inhaftiert

sind, sowie an die Familien von Angreifern, die bei der Ausführung von Anschlägen getötet wurden. Es wirkt als Anreiz, da die Auszahlungen traditionell mit der Länge der Haftstrafe gestaffelt sind: Die schwersten Täter erhalten die höchsten Leistungen. Die PA verteidigt dies als soziale Unterstützung für „Gefangene“ und „Märtyrer“.

Die USA und die EU haben wiederholt versucht, Druck auf Ramallah auszuüben, um die Stipendien zu beenden. Abbas hat immer wieder Wege gefunden, den Gebern zu versichern, dass er dies tun würde – ohne das System abzuschaffen. Unter Donald Trump machte der Taylor Force Act (2018) bestimmte US-Hilfen von der Einstellung der Zahlungen abhängig. Unter Joe Biden ging der Druck weiter. Im Februar 2025 erließ Abbas ein Dekret, das Berichten zufolge den „Märtyrerfonds“ beendete und die Stipendien in einen neuen Rahmen überführte; die EU begrüßte diesen Schritt. Im April 2025 stellte die EU ein Hilfspaket von bis zu 1,6 Milliarden Euro für die Palästinensische Autonomiebehörde vor, bestand aber darauf, dass keine der Mittel für „Märtyrer“-Zahlungen verwendet würden. Doch im Februar 2026 behauptete Palestinian Media Watch, die Reform sei größtenteils kosmetisch: Etwa 315 Millionen Dollar erreichen immer noch mehr als 23.000 Begünstigte, die als Beamte, Sicherheitspersonal und Rentner neu eingestuft werden.

Ein weiterer Verstoß gegen Oslo ist die Duldung und Unterstützung feindseliger Propaganda, Aufwiegelung und Verherrlichung von Gewalt durch die PA. Oslo II verlangt gesetzliche Maßnahmen, um Aufwiegelung zu unterbinden. Stattdessen hat die Palästinensische Autonomiebehörde eine öffentliche Kultur gefördert, die Angreifer feiert: Schulen, Straßen, Plätze, Lager und Turniere, die nach den Tätern benannt sind; Botschaften, die Israel delegitimieren; und ein bürgerliches Ideal des „Märtyrertums“ gegen die „Besatzung“.

Der Schulunterricht der Palästinensischen Autonomiebehörde ist einer der deutlichsten Bereiche, in dem das Osloer Verbot „feindlicher Propaganda“ als optional behandelt wird. Mehrere Monitoring-Berichte beschreiben wiederkehrende Muster: Karten, die Israel ausradieren, Staatsbürgerkunde und Geschichte, die in Nullsummen-Begriffen gelehrt werden, und eine Sprache, die „Widerstand“ als bürgerliche Tugend erhebt. Selbst ohne ausdrückliche Aufrufe zur Gewalt besteht der kumulative Effekt darin, Israels Dauerhaftigkeit zu delegitimieren, Konfrontation zu normalisieren und Kompromisse als Kapitulation darzustellen.

Norwegen hat, besonders unter konservativ geführten Regierungen, den Eindruck erweckt, als ob es begriffen hätte, was Oslo verbietet. Das deutlichste Beispiel ist

der Fall Dalal Mughrabi. Im Jahr 2017 wurde ein Mädchenzentrum, das vom Women's Affairs Technical Committee (WATC), einer in Ramallah ansässigen NRO, eingeweiht wurde, nach Mughrabi benannt, einem mit der Fatah verbundenen Terroristen, der mit dem Massaker an der Küstenstraße von 1978 in Verbindung gebracht wird, bei dem 38 israelische Zivilisten, darunter 13 Kinder, getötet wurden. Norwegen hat die Verherrlichung verurteilt. Außenminister Børge Brende bezeichnete sie als „völlig inakzeptabel" und forderte, die Finanzierung des Projekts einzufrieren.

Doch als die norwegische Labour-Regierung zurückkehrte, verwischte sich der Instinkt, klare rote Linien zu ziehen, zu einer Haltung, die zuerst die Finanzierung und später die Durchsetzung vorsieht. Über das Außenministerium und NORAD (Norwegens staatliche Entwicklungshilfeagentur) leitet Norwegen über direkte Zuschüsse und indirekte Finanzierungskanäle Dutzende von Millionen Dollar an politisierte NROs, die in Israel, dem Westjordanland und Gaza tätig sind. Darunter auch Gruppen, die sich für BDS (Boykottkampagnen gegen Israel) und „lawfare" beim Internationalen Strafgerichtshof (Nutzung internationaler Strafverfolgung als politische Strategie gegen Israel) einsetzen. Im Jahr 2024 hat Norwegen mehr als 267 Mio. NOK (etwa 26 Mio. $; 20 Mio. CHF) für NGOs bereitgestellt, die sich im arabisch-israelischen Konflikt engagieren. Eine Reihe dieser Zuschussempfänger haben Verbindungen zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die in den USA, der EU, Kanada und Israel als terroristische Organisation eingestuft wird. Ein Staat, der von sich behauptet, der Hüter von Oslo zu sein, kann die systematische Verherrlichung von Gewalt nicht als PR-Problem abtun.

Ein weiterer Verstoß gegen Oslo ist die unilaterale Internationalisierung. Oslo II verbietet es beiden Seiten, den Status des Westjordanlandes und des Gazastreifens vor den Gesprächen über den endgültigen Status zu ändern. Doch seit mehr als einem Jahrzehnt strebt die palästinensische Führung über internationale Gremien und Rechtsforen eine Eigenstaatlichkeit durch Institutionen an und setzt Israel unter Druck, während sie die Verhandlungen umgeht. Diese Asymmetrie ist inzwischen Routine: Israel wird für statusverändernde Maßnahmen verurteilt, während die statusverändernden Maßnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde als Diplomatie gefeiert und oft aktiv unterstützt werden.

Die Etappenziele sind klar – und Norwegen hat den Weg schon früh gebilligt. Es stimmte am 31. Oktober 2011 für die Aufnahme „Palästinas" in die UNESCO und stimmte am 29. November 2012 in der UN-Generalversammlung für die Hochstufung zum „Nichtmitgliedstaat mit Beobachterstatus". Im Jahr 2024 erkannte

Norwegen nach der gleichen Logik einen palästinensischen Staat an. Diese Anerkennung war eine einseitige Abkürzung um die Kernprämisse von Oslo herum: Fragen des endgültigen Status sollten durch direkte Verhandlungen und nicht durch eine externe Übertragung geklärt werden. Da dieser Schritt so kurz nach dem 7. Oktober erfolgte, wirkte er weniger wie eine diplomatische Anpassung als vielmehr wie eine Belohnung für die Folgen des Terrorismus.

Norwegen hält die PA auch zahlungsfähig. Durch den Vorsitz im Ad-hoc-Verbindungsausschuss (AHLC) – dem wichtigsten Geberforum, das nach Oslo eingerichtet wurde, um die Hilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde zu koordinieren – trägt Norwegen dazu bei, eine oft unfähige Behörde zu unterstützen, selbst wenn „Reformen“ weitgehend rhetorisch bleiben. Nach dem 7. Oktober, als Israel einen Teil der palästinensischen Steuereinnahmen einbehielt, die es im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde erhebt, half Norwegen bei der Vermittlung einer Umgehung, die eine Tranche freisetzte. Im Juli 2025 fügte es 200 Millionen NOK (etwa 20 Millionen $) an direkter Budgethilfe hinzu, um die Gehälter der PA im öffentlichen Sektor zu decken.

Selbst nachdem eindeutige Beweise dafür vorlagen, dass einige UNRWA-Mitarbeiter in Gaza in die Anschläge vom 7. Oktober verwickelt waren – und viele Geber die Finanzierung einfroren -, wählte Norwegen den entgegengesetzten Kurs. Es erklärte, es werde das UNRWA weiterhin unterstützen, seine Mittel aufstocken und andere Geber auffordern, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Im März 2024 erklärte das norwegische Außenministerium, es wolle „der Wahrnehmung in vielen Ländern des globalen Südens entgegenwirken, dass westliche Länder mit zweierlei Maß messen“ – doch dann schien es ironischerweise diese Auffassung zu bestätigen, wenn auch in umgekehrter Weise. Der Bericht erklärte Israels Gaza-Kampagne zu einem klaren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und argumentierte, dass dabei nicht zwischen Zivilisten und Kombattanten unterschieden wird.

Die systematischen Kriegsverbrechen der Hamas – einschließlich des Massenmords vom 7. Oktober, des wahllosen Raketenbeschusses und des Einsatzes menschlicher Schutzschilde, um die Zahl der Opfer zu maximieren – wurden eher als zweitrangig eingestuft, denn als Motor des Schlachtfelds. Das Ergebnis ist ein bekanntes norwegisches Muster: maximale moralische Gewissheit, wenn es darum geht, Israel zu tadeln, und eine auffallende Zurückhaltung, die palästinensischen Akteure konsequent zur Verantwortung zu ziehen. Der Besuch von Abbas in Oslo machte die

Symbolik unvermeidlich: Der „Geist von Oslo“ wird in Oslo begraben, und zwar von dem Land, das behauptet, ihn zu bewahren.

_____-

Jan Kapusnak ist ein politischer Analyst und Autor. Er lebt in Tel Aviv.